



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

Februar 2021

Aus dem Plenum

EU-Impfstrategie

Als CDU/CSU-Gruppe stehen wir zu der Entscheidung, die Corona-Impfstoffe gemeinsam europäisch zu beschaffen und dabei auf verschiedene Hersteller und Produktionsverfahren zu setzen. Die Europäische Union hat frühzeitig rund 2,7 Milliarden Euro in den Aufbau von Produktionskapazitäten investiert und Verträge mit sechs verschiedenen Herstellern über insgesamt 2,3 Milliarden Impfstoffdosen abgeschlossen. Gleichzeitig lernt man aber auch dazu. Stand heute würden die einzelnen Bestellmengen der verschiedenen Impfstoffe, auch angesichts veränderter Bestellanforderungen aus einigen Mitgliedsstaaten, anders aussehen. Das Nadelöhr sind aber und bleiben bis auf weiteres die Produktionskapazitäten und Zulieferketten.

[Erfahren Sie hier mehr über die EU-Impfstrategie.](#)

Entschließung des EU-Parlaments zu den Auswirkungen von COVID-19 auf die Jugend und auf den Sport

Die Krise aufgrund der COVID-19-Pandemie wirkt sich auf viele Aspekte unseres Lebens aus. Unsere junge Generation und der Sportsektor gehören sicherlich zu den am stärksten betroffenen Bereichen. Die anhaltende Pandemie trifft junge Menschen unverhältnismäßig stark. Sie stehen vor der Herausforderung, ihre Ausbildung fortzusetzen, in den Arbeitsmarkt einzutreten und ihr soziales und wirtschaftliches Leben aufrechtzuerhalten. Im Sport hat die monatelange Absage aller Veranstaltungen und die Wiedereröffnung der Stadien unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu enormen finanziellen Spannungen bei Verbänden und Sportveranstaltern geführt und den Breitensport für fast ein Jahr nahezu komplett zum Erliegen gebracht. Dies ist ein unwiderruflicher Verlust für kleinere Vereine und die soziale und gesellschaftliche Funktion des Sports.

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Pandemie auf den Jugendbereich sowie auf den Sport und davon abhängige Sektoren und Industrien haben wir im Kultur- und Bildungsausschuss eine Entschließung erarbeitet. Als Berichterstatterin für die EVP-Fraktion war ich an diesen Arbeiten maßgeblich beteiligt. Diese Woche stand die Entschließung nun zur Abstimmung im Plenum.

Was die Jugend betrifft, so bewertet diese Entschließung die vielfältigen Schäden, die die derzeitige Pandemie für die Jugend Europas in Bezug auf den Zugang zu Bildung, Jugendaktivitäten und die Teilnahme junger Menschen am sozialen und wirtschaftlichen Leben verursacht. Die Resolution schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um den katastrophalen Auswirkungen der Pandemie zu begegnen. Insbesondere wird eine stärkere finanzielle Unterstützung für die am stärksten Gefährdeten und eine größere Flexibilität der Bildungssysteme in der gesamten EU gefordert. Als EU-Parlament fordern wir die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, alle verfügbaren EU-Programme und Finanzmittel zu mobilisieren, um den digitalen Wandel und die Modernisierung der Bildungssysteme zu bewältigen, aber auch, um junge Menschen bei ihrer sozialen und beruflichen Integration in diesen schwierigen Zeiten zu begleiten.

So gibt es derzeit hunderttausende von Studenten, deren Teilzeitarbeitsverträge gekündigt wurden und die nicht genug Mittel haben, um grundlegende Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Sie haben den Glauben an ihre Ausbildung verloren. Statt in Verwaltungs- oder Hilfsjobs zu arbeiten, stehen die Studenten in Paris und anderen Universitätsstädten nun für Lebensmittelspenden Schlange. Die EVP-Fraktion fordert eine sofortige und direkte Hilfe für die Jugend. Ich halte es für besonders wichtig, dass die Mitgliedsstaaten jetzt handeln und maßgeschneiderte Programme für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Studenten und junge Menschen vorlegen. Die Europäische Kommission muss schnell alle verfügbaren Finanzmittel mit direktem Fokus auf die Jugend mobilisieren, wie die Jugendgarantie und Erasmus+, um dieser Tragödie ein Ende zu setzen.

[Erfahren Sie hier mehr über die Entschließung.](#)

[Hier finden Sie meinen Redebeitrag aus dem Plenum zur Entschließung!](#)

Grünes Licht für Corona-Wiederaufbaufonds

Der EU-Wiederaufbaufonds ist ein Meilenstein zur Bewältigung der Coronakrise und ein Signal dafür, dass Solidarität wieder im Zentrum Europas steht. Entscheidend für uns als CDU/CSU-Gruppe ist, dass das Geld kriteriengebunden für nachhaltige Investitionen und Reformen verwendet wird und nicht einfach in die nationalen Haushalte zur Finanzierung der teilweise schon länger vorhandenen strukturellen Probleme fließen darf. Priorität muss die Überwindung der Folgen der Corona-Krise haben. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Mittel vorrangig für Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Klimaschutz vorgesehen sind.

Es ist gut, dass das Europaparlament über das jährliche Haushaltsverfahren mehr Kontrollrechte über die Mittelverwendung aus dem Wiederaufbaufonds erhält. Auch ein verbindlicher Zeitrahmen für die Einführung von Eigenmitteln konnte durchgesetzt werden. Dass die direkten Einnahmen zur Rückzahlung der Schulden aus dem Wiederaufbaufonds verwendet werden sollen, ist das richtige Signal. Wir wollen die Kosten und Zinslast des Aufbaufonds weder auf künftige europäische Haushalte übertragen, noch der nächsten Generation überlassen. Der Wiederaufbaufonds darf kein Einstieg in eine europäische Schuldenunion werden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Aktionsplan Kreislaufwirtschaft

Europa muss Herausforderungen wie Ressourcenknappheit und wachsende Müllberge gemeinsam angehen. Die Kreislaufwirtschaft ist hierfür von strategischer Bedeutung und leistet einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa. Sie schützt nicht nur unseren Planeten vor zunehmender Verschmutzung, sondern stärkt auch unsere Wirtschaft. So werden durch die Kreislaufwirtschaft neue Geschäftsfelder erschlossen und nachhaltige Innovation vorangetrieben.

Für uns als CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament ist klar: Nachhaltigkeit, Wachstum und Wohlstand sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Durch eine Umstellung auf Reparaturen, Wiederverwendung oder Recycling wurden allein im Jahr 2016 fast 147 Milliarden Euro an Wertschöpfung generiert und Investitionen im Umfang von rund 17,5 Milliarden Euro getätigt. Die EU unterstützt schon seit Jahren Forscherinnen und Forscher, die an Lösungen für den ständig wachsenden Rohstoffbedarf arbeiten und der Industrie innovative Technologien für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft bereitstellen, auch haben sich schon viele Unternehmen unter den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsplans aus dem Jahr 2015 auf den Weg zur Produktion nachhaltigerer Produkte gemacht. Diese Innovationskraft macht Europa zum weltweiten Vorreiter. Diese Rolle wollen wir ausbauen und verstetigen und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern.

[Erfahren Sie hier mehr zum Thema Kreislaufwirtschaft.](#)

Bekämpfung des Menschenhandels

Sexuelle Ausbeutung ist nach wie vor die am häufigsten vorkommende und gemeldete Form von Menschenhandel in der EU, wobei überwiegend Frauen und Mädchen betroffen sind und die meisten Menschenhändler Männer sind. Das EU-Parlament hat daher die Wirksamkeit der EU-Gesetze zur Verhinderung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer bewertet. In einer Entschließung fordern wir Abgeordnete ein härteres Vorgehen gegen den Menschenhandel. Die Nutzung von sexuellen Dienstleistungen von Opfern des Menschenhandels soll unter Strafe gestellt werden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Bewertung der Politik der Europäischen Zentralbank im letzten Jahr

In der Coronakrise hat das entschlossene Handeln der Europäischen Zentralbank (EZB) dazu beigetragen, die allgemeine wirtschaftliche Lage in Europa zu stabilisieren. Anders als in der letzten Finanzkrise wurden Mitgliedsstaaten nicht von der Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt abgeschnitten. Geldpolitik alleine wird aber für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nicht ausreichen. Dafür braucht es strukturelle Reformen in den Mitgliedstaaten, die sich teils zu stark auf der bequemen expansiven Geldpolitik der EZB ausruhen. Die EZB-Geldpolitik ist zwar derzeit richtig, aber man wird nicht unendlich frisches Geld in den Markt pumpen können.

Der Auftrag der EZB ist weder für nationale haushaltspolitische Versäumnisse aufzukommen, noch sich zweckfremd als Investitionsbank für Klimaschutz zu betätigen. Das vertragsgemäße Mandat der Geldwertstabilität darf nicht anderen politischen Zielen untergeordnet werden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Ausschreibungen

Neue Förderprogramme des Landesregierung NRW: Medienkunst und digitale Kultur

Bewerbungen sind ab sofort möglich: 940.000 Euro für Kooperationsprojekte im Bereich Medienkunst. Nordrhein-Westfalen ist seit den Pioniertagen der Videokunst eine wichtige Wirkungsstätte für Medienkünstlerinnen und Medienkünstler. Mit der Einrichtung von zwei neuen Programmen im Rahmen der Stärkungsinitiative Kultur schafft die NRW-Landesregierung im Bereich der Medienkunst und digitalen Kultur nun zusätzliche Fördermöglichkeiten: Über die Programmlinien „Medienkunstfonds“ und „Medienkunstfellows“ stehen für den Zeitraum 2021-2023 insgesamt 940.000 Euro für Kooperationsprojekte und Stipendien zur Verfügung.

[Weitere Informationen über die neuen Förderprogramme finden Sie hier.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)